

1. VII. 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/421

Bonn., den 1. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 2

Die erste Konsultation

8

Zum bevorstehenden Besuch de Gaulles
Von Fritz Exler, MdB

3

Ein guter Vorsatz

52

Einsichten Erhards - Wird es nur dabei bleiben?

4 5

Motorische Kraft

99

Zum Kongreß der IG. Bau-Steine-Erden
Von Fritz Stallberg

6

Ein Schallplattenrekord besonderer Art

46

Reinertrag dient der Flüchtlingshilfe in Europa und Afrika

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z. Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Die erste Konsultation

Zur bevorstehenden Besuch de Gaulles

Von Fritz Erler, MdB

Es fehlt nur noch Macmillan. Mit ihm hätten sich innerhalb eines halben Monats die Regierungschefs der für ganz Deutschland noch Verantwortung tragenden vier Mächte auf deutschem Boden eingefunden. Aber auch die anderen drei treffen sich nicht zu einer Deutschlandkonferenz zur Lösung unserer Probleme. Jeder kommt für sich allein und geht an jene Orte, die für den speziellen Zweck richtig erscheinen. Es werden Positionen abgesteckt für künftiges politisches Handeln.

Die Anwesenheit der drei Regierungschefs zeigt aber auch in dieser Form, daß das Ringen um Deutschland weitergeht. Deshalb kommt diesem halben Monat eine große politische Bedeutung zu. Er macht klar, daß die deutsche Frage nicht gelöst ist. Besonders eindrucksvoll hat sich der amerikanische Präsident in Berlin davon wiederum überzeugen lassen. Das deutsche Volk nimmt seine Spaltung nicht hin, auch wenn es um ihre Überwindung nur mit friedlichen Mitteln ringt. Das ist die entscheidende Realität der Deutschlandfrage. Wenn es daher auch in Zukunft um ein gutes Verhältnis mit dem ganzen deutschen Volk geht, der wird sich um Ansatzpunkte für die Lösung der deutschen Frage bemühen müssen und die Frage selbst inzwischen offenzuhalten haben. Die Türen zur Freiheit für die Deutschen in der Sowjetzone dürfen nicht endgültig vermauert werden. Ihre Hoffnung gilt es zu bewahren. Nur an einer Politik auf dieser Basis mißt das deutsche Volk, wenn es entscheidet, wo Freundschaft besteht. Der trotz aller Kommandos kühle Empfang Chruschtschows durch die Berliner Bevölkerung dürfte auch diesem Mann die Realität ein wenig klarer gemacht haben.

Ein großer und bleibender Gewinn

Als Kennedy vom Wind der Änderung nicht nur bei uns, sondern auch im sowjetischen Machtbereich sprach, war das ein Anklang an Fourneln de Gaulles. Dennoch wird sich der französische Staatspräsident inzwischen davon überzeugt haben, daß das deutsche Volk aus dem freien Europa keine dritte Kraft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika machen will. Für die Deutschen ist die deutsch-französische Freundschaft ein großer und bleibender Gewinn. Sie ist aber Teil der hoffentlich um Großbritannien und andere zu vergrößern europäischen Gemeinschaft und der atlantischen Solidarität. Die deutsche Politik kann sich keine Wahl aufrötigen lassen zwischen der deutsch-französischen Freundschaft und den anderen Gemeinschaften. Beides gehört für uns zusammen.

In diesem Rahmen kommt der Konsultation unter Freunden, und zwar der ersten nach Inkrafttreten des deutsch-französischen Vertrages, selbstverständlich große Bedeutung zu. Diese Konsultation ist gerade dort sinnvoll, wo es um schwierige Probleme geht. Einfache Fragen lassen sich auch mit einfacheren diplomatischen Mitteln lösen. Die Festigung der europäischen Gemeinschaft, die dornigen Fragen der Land-

wirtschaftspolitik, das Verhältnis von Innenausbau und Umweltbeziehungen der Gemeinschaft zueinander, der Gesprächsfaden mit Großbritannien, um einen späteren Beitritt nicht völlig unmöglich werden zu lassen, der redliche Versuch, den Tisch der Sieben im Rahmen der Westeuropäischen Union doch noch in sinnvoller Weise zu nutzen, die Verteidigungspolitik der Allianz - all dies können wichtige Probleme der nächsten Konsultationsrunde sein. Das starke Aufgebot französischer Minister deutet darauf hin, daß sich die französische Regierung auf einen umfangreichen Katalog zu behandelnder Fragen eingerichtet hat. Sicher wird die Notwendigkeit der inneren Stärkung der NATO erörtert werden, welche nach deutscher Ansicht nur durch eine enge Integrierung auch mit den amerikanischen Kräften erreicht werden kann. Eine Entscheidung wie die, daß die französische Flotte ohne Konsultation des deutschen Partners der NATO-Kommandostruktur entzogen wurde, dürfte künftig wohl kaum getroffen werden können, ohne gegen den Konsultationsvertrag zu verstossen.

Nicht unter staatlichem Kommando

Die Regierungen beabsichtigen, aus Anlass des Besuches von de Gaulle ein Abkommen über den Jugendaustausch abzuschliessen. Hier wird eine erfreuliche Entwicklung weiter gefördert. Angesichts der schmerzlichen Geschichte deutsch-französischer Beziehungen ist es verständlich, daß diese Art Austausch zwischen Deutschland und Frankreich besonders gepflegt wird, auch wenn andere Begegnungen darunter nicht Schaden leiden sollen. Die beiden Regierungen sollten auf diesem Gebiet die Erfahrungen jener nutzen, die bereits viel geleistet haben, sie weiter fördern, neue Initiativen anregen, auf allen Gebieten helfen und auf sinnvolle Verwendung der Mittel achten, aber nicht den Austausch selbst staatlich reglementieren. Es geht um die Begegnung der Jugend zweier Völker und nicht um die Ausführung staatlicher Kommandos. So hat auch der Bundestag in seinem Bericht zum deutsch-französischen Vertrag gesprochen.

Regelmässige Konsultationen verlieren das spektakuläre Gepräge großer Staatsbesuche. Von ihnen kann aber eine dauerhaftere Wirkung ausgehen. Es gilt, die Bande der Freundschaft weiter zu festigen und die Gewohnheit praktischer Zusammenarbeit zu entwickeln. Wir heissen den französischen Staatspräsidenten und die Mitglieder der französischen Regierung in der Bewusstseins auf deutschem Boden willkommen, daß unsere Zusammenarbeit nicht nur unseren beiden Völkern dient, sondern der größeren Familie, der Deutsche wie Franzosen angehören.

+ + +

Ein guter Vorsatz

Einsichten Erhards - Wird es nur dabei bleiben ?

sp - Auf einer Veranstaltung des Instituts für Handelsforschung in der Domstadt Köln hat der designierte Bundeskanzler Erhard angekündigt, er werde nach seinem Einzug in das Palais Schaumburg die Akzente stärker als bisher auf die Innenpolitik verlagern. Erhard beklagte vor den Studenten und Professoren den Mangel einer größeren Zusammenschau, das Ressortdenken habe überwogen, eine Addition von Interessenwünschen sei erfolgt, notwendig sei eine realistische Kennzeichnung und Erfassung der Erfordernisse. Die Innenpolitik - und dies im weitesten Sinne des Wortes genommen - gehörte nicht gerade zu den stärksten Seiten des im Herbst aus dem Amt ausscheidenden Bundeskanzlers Adenauer, er hat sie vernachlässigt und die Folgen spüren wir alle. Unser Haus ist nicht so bestellt, wie es die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts von einem modernen Staatswesen verlangt. Risse und Klüfte haben sich aufgetan, vieles beruht auf schwankenden Grundlagen. Es fehlte eben nach Erhard die Gesamtschau, das Gespür für die größeren Zusammenhänge, für die gegenseitige Abhängigkeit der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und auch psychologischen Faktoren. Der derzeitige Vizekanzler ist davon nicht ganz freizusprechen. Als zweitwichtigster Mann in allen Kabinetten Adenauers hatte er wohl die Möglichkeit gehabt, bessere Einsichten durchzusetzen und Einfluß auf Entwicklungen zu nehmen, die uns nun über dem Kopf zusammenschlagen drohen. Das Stichwort Gemeinschaftsaufgaben gehörte bisher nicht zum Vokabular der Bundesregierungen.

- * Wir stehen wenige Wochen vor Ferienbeginn. Welches Chaos wird
- * sich wieder auf unseren Strassen entfalten - doch die gleiche
- * Regierung, der Erhard als Vizekanzler vorstand, ließ es zu,
- * daß für den Strassenbau bestimmte Mittel zweckentfremdet ver-
- * wendet wurden. Wo war hier der Blick für die Verkehrserfordernisse
- * der sechziger Jahre?
- * In der Gesundheitspolitik besteht ein nicht zu überschbares
- * Durcheinander. Pfluschwerk reiht sich an Pfluschwerk - das von
- * Arbeitsminister Blank dem Bundestag vorgelegte Sozialpaket
- * nicht ausgenommen; die Klagen der Ärzteschaft beunruhigen
- * zwar die Öffentlichkeit, erreichten aber nicht das Ohr der
- * Bonner Ministerien. Wo bleibt hier die Gesamtschau? Für uns
- * als hochindustrialisiertes Volk, das zu einem Drittel für den
- * Export arbeiten muß, um leben zu können, droht der Lehrermangel
- * geradezu zum nationalen Notstand auszuarten, und der Tag
- * scheint nicht mehr fern zu sein, da von den Eltern alle zum
- * Teufel gejagt werden, die dafür verantwortlich sind. Wo bleibt
- * hier die Vorsorge für eine Zukunft, die schon begonnen hat?
- * Und brennendste aller Fragen: Welches gute Rezept hatten die
- * bisherigen Regierungen für die Anpassung der Landwirtschaft
- * unter den Bedingungen der EWG vorzulegen? Die Suche danach ver-
- * liert sich in Irrwegen.

Die Unterbilanz der deutschen Innenpolitik ist erschreckend. Den Beweis der Fähigkeit, diese Erbschaft einer zu Ende gehenden Ära abzubauen, muß Erhard noch erbringen. Gute Vorsätze allein werden allerdings nicht ausreichen.

1. Juli 1963

Motorische Kraft

Von Fritz Stallberg

Als Georg Leber vor den Delegierten des Gewerkschaftstages der IG-Bau-Steine-Erden in einem großen Referat den zukünftigen Weg der von ihm geführten Gewerkschaft umriss, ging er von der Notwendigkeit aus, "von Zeit zu Zeit die Entwicklung zu überschauen, um aus den Veränderungen, die sich laufend in der Gesellschaft vollziehen, vernünftige Folgerungen abzuleiten." Der Gewerkschaftstag hatte Georg Leber zuvor mit der großen Mehrheit von fast 85 Prozent der Stimmen für weitere drei Jahre zum ersten Vorsitzenden gewählt und damit - wie der Gewählte in seinen Dankesworten folgerte - auch "sein Programm bestätigt", das hinter der bisherigen Tätigkeit stand. Dieses Programm ist außerordentlich erfolgreich gewesen.

Lebers Würdigung der Vergangenheit bezog sich auf einen leicht überschaubaren Zeitraum weniger Jahre, der "bedeutsame Veränderungen in der Stellung des Arbeitnehmers in unserer Gesellschaft" erkennen lasse. "Es sind Veränderungen, die das Ergebnis der Arbeit aller Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Tätigkeit als aktive Bürger in unserem demokratischen Staate darstellen." Die Würdigung bezog sich aber auch auf die hinter uns liegenden 100 Jahre. "Während vor hundert Jahren der Arbeiter nahezu rechtlos war, läßt unsere rechtsstaatliche und demokratische Verfassung heute keinen Unterschied mehr zu zwischen den Arbeitnehmern und den Bürgern anderer gesellschaftlicher Gruppen," stellte Leber fest. "Während vor hundert Jahren die Arbeiter politisch einflußlos waren, gewährt der demokratische Staat heute allen Bürgern gleiches Wahlrecht. In den Parlamenten aller Ebenen sitzen Arbeitnehmer als Abgeordnete, überall befinden sich Arbeitnehmer in politisch einflußreichen Positionen."

Und an einer anderen Stelle seiner Rede: "Die Gewerkschaften sind in diesem Jahrhundert die motorische Kraft gewesen, die zusammen mit ihren politischen Freunden Stufe für Stufe gewonnen haben. Die Erfolge wurden erzielt in einem Jahrzehnte währenden Kampf oder sie wurden abgetrotzt durch die ständig wachsende moralische Kraft der Gewerkschaftsbewegung, die in zunehmendem Maße auch die Unterstützung anderer Gesellschaftskreise oder der Kirchen fand."

"Avantgardisten der Vergangenheit"

Vor diesem Hintergrund der Erfolge und Veränderungen setzte sich Georg Leber mit Kritikern auseinander, die heute noch die als "revolutionär" angebotene Theorie vertreten, der Arbeiter sei Proletariat geblieben und die Entwicklung habe an seiner Stellung in der Gesellschaft grundsätzlich nichts geändert. Auf diese Weise seien nicht wenige dabei, den erzielten Fortschritt zu vernachlässigen. Sie seien wirklich die "Avantgardisten der Vergangenheit".

"Eine derartige Deutung der Verhältnisse der Gegenwart, die ihre Argumente aus der Vergangenheit bezieht, macht es sich allzu leicht" folgerte Leber. "Sie arbeitet in unzulässiger Weise mit Halbwahrheiten. Sie verurteilt sich selbst zur Sterilität. Sie hilft uns nicht, die Gegenwart zu verstehen. Die IG-Bau-Steine-Erden hat sich durch einen derartigen Hommschuh nicht behindern lassen. Sie hat Methoden gesucht und gefunden, die es ihr ermöglichten, die wirtschaftliche Lage der Bearbeiter wesentlich zu verbessern, ohne das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit außer Acht zu lassen."

Tariffpolitik auf neuen Wegen

Für Beweis für den Erfolg dieser Haltung ist - wie Georg Leber überzeugend herausstellte - auch der im März von seiner Gewerkschaft abgeschlossene Tarifvertrag, der den Versuch macht, die Lohnerhöhung an Zuwachs des Sozialprodukts zu orientieren und den vereinbarten Lohn des Bauarbeiters nicht durch Preissteigerungen entwertet zu lassen. Dieser Tarifvertrag sei ein Versuch, der zugleich auch deutlich kläre, daß durch Lohnerhöhungen dieser Art keine Preissteigerungen ausgelöst werden können.

Georg Leber bestreitet in keiner Weise, daß die Kraft und die Macht, über die eine Gewerkschaft am Verhandlungstisch verfügt, eine wichtige Rolle spielt. Seine bisherige Politik hat auch zweifellos gezeigt, daß er diese Macht kennt und nutzt. Er übersieht aber nicht, daß neben der Macht auch eine Reihe anderer wichtiger Faktoren berücksichtigt werden muß. "Wir können mit den Mitteln der Macht zwar die nominale Höhe des Lohnes beeinflussen, aber wir haben allein damit keinen Einfluß darauf, was mit der Kaufkraft eines solchen Lohnes wird", gab Leber zu bedenken. Seine Haltung rundet sich ab in der Feststellung: "Unser Respekt vor den Gesamtinteressen oder auch den Interessen der anderen wäre aber krankhaft, wenn wir bereit wären, uns mit dem abzufinden, was die anderen uns übrig lassen."

Wir haben nicht hundert Jahre Zeit

Von seiner eigenen Gewerkschaft und den anderen Industriegewerkschaften des DGB fördert Georg Leber eine Klärung der Fragen, die durch die ungerechte Vermögensbildung aufgeworfen werden. "Wenn die Gewerkschaften sich nicht dazu entschließen, eine vermögenswirksame Einkommenspolitik zu treiben", stellte Leber fest, "dann werden wir an der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung nichts ändern... Hier liegt ein zentrales Problem unserer Gesellschaftspolitik, das nach der hundertjährigen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung dringend einer Lösung zugeführt werden muß, und es wird nicht hundert Jahre Zeit sein, dieses Problem zu lösen, wenn es dazu nicht zu spät werden soll." So lange dieses Problem nicht gelöst sei, könne nicht verrieten werden, daß viele Arbeiter diesen Staat nicht so ganz für ihren Staat, sondern für einen Staat der anderen halten, gab Georg Leber zu bedenken.

"Der künftige Staat wird ein sozialer Staat sein, in dem ein Optimum an Gerechtigkeit gewonnen wird, oder dieser Staat und die Menschen, die darin leben, werden ihre Freiheit nicht behalten, weil sie Freiheit nicht auch gleichzeitig als ihre eigene Pflicht zur Verantwortung begriffen haben", formulierte der Führer der Bauarbeitergewerkschaft und leitete aus dieser Verantwortung die Aufgabe ab, zu neuer Formen zu kommen, die es möglich machen, die Gräben zu überwinden, die unser Volk durchwischen. Aus der gleichen Verantwortung ergibt sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Verpflichtung, das alte Verhältnis durch etwas Zeitgemäßeres zu ersetzen.

Die Rede Georg Lebers umriß ein großes Programm. Über Inhalt und Zielsetzung wird noch manches Wort in sachlicher Diskussion zu sagen sein. Das ist - wie es Leber selbst wünschte - für die Gewerkschaften in einem demokratischen Staat eine Selbstverständlichkeit. Sicher ist, daß hier der Führer einer großen Gewerkschaft einen klugen Schritt nach vorn getan hat und daß ein Weg eingeschlagen wurde, den es sich zu gehen lohnt. Eine überwiegend große Mehrheit der Delegierten des Gewerkschaftstages hat die Programrede Georg Lebers ausdrücklich gebilligt und den Auftrag erteilt, in dieser Sinne tätig zu sein.

Ein Schallplattenrekord besonderer Art

Reinertrag dient der Flüchtlingshilfe in Europa und Afrika

B.K. - Bereits drei Monate nach dem Erscheinen der Langspielplatte "All-Star Festival", auf der die berühmtesten Schlagerstänger der Welt vereinigt sind, konnte das Hochkommissariat für die Flüchtlinge, dem der Reingewinn aus dem weltweiten Plattenverkauf zufließt, mitteilen, daß davon eine Million Stück abgesetzt werden konnte. Im Rahmen eines Festaktes überreichte Prinz Sadruddin Aga Kahn, stellvertretender Hochkommissar, dem Direktor des europäischen Sitzes der Vereinten Nationen eine "goldene Schallplatte", die künftighin im Museum der Genfer UNO-Bibliothek an das denkwürdige Ereignis erinnern wird.

Eine Million Käufer

Die millionste Platte war Bestandteil einer für Island bestimmten Sendung. Eine der Platte beigelegte Mitteilung wird ihren Käufer mit der freudigen Nachricht überraschen, daß er aus dem Schallplattenkatalog der holländischen Herstellerfirma hundert Platten nach seinem Geschmack auswählen kann.

Doch wer sind diese Million Käufer? Ein Blick auf die Verkaufszahlen der beinahe hundert Länder zeigt zunächst lediglich, daß alle kommunistischen Länder - mit Ausnahme Jugoslawiens natürlich - durch Abwesenheit blühen. Den ersten Platz mit 175 000 Schallplatten belegt die Bundesrepublik Deutschland, unmittelbar gefolgt von Schweden mit 170 000 Stück. Mit 52 700 Stück scheidet aber auch die Schweiz gar nicht schlecht ab, wenn auch zu bemerken ist, daß allein die Angestellten und Beamten der internationalen Institutionen in Genf über 2000 Schallplatten abgenommen haben. Mit 43 000 Stück stehen die Vereinigten Staaten dagegen vorläufig noch in den hinteren Rängen. Doch fragt man sich, was beispielsweise das kleine Fürstentum Kuwait am Persischen Golf mit 2300 "All-Star Festivals" anfängt.

Der gewaltige Erfolg dieser Aktion hat das Hochkommissariat für die Flüchtlinge nicht minder überrascht als die Herstellerfirma. Abgesehen vom unbestreitbaren Selbsteckwert der Platte ist aber vor allem die großartige Götterfreudigkeit des Publikums für den Absatzrekord ausschlaggebend.

Der Reingewinn

Im Augenblick wird der Reingewinn auf über eine Million Dollar geschätzt. Dieser schöne Betrag, der aber leider noch nicht zur Finanzierung der laufenden Aktionen des Hochkommissariats ausreicht, dient hauptsächlich der Flüchtlingshilfe in Europa und in Afrika. In Europa geht es vor allem darum, für alte Flüchtlinge Heime zu errichten und mittellosen Familien Wohnungen zu beschaffen. In Afrika gilt die Hilfe der Ansiedlung zentralafrikanischer Flüchtlinge und den algerischen Rückkehrern. Der Erlös aus dem Verkauf in den arabischen Ländern geht zur Hälfte an das Hilfswerk für die Palästina-Flüchtlinge. Ein Teil der eingehenden Gelder wird ferner den chinesischen Flüchtlingen in Hongkong und tibetianischen Flüchtlingskindern zufließen lassen.

Doch "All-Star Festival" ist mehr als nur eine modern und sympathisch aufgelegte Sammelaktion, zu welcher das Hochkommissariat nur beglückwünscht werden kann. Die Platte hält in ihren vielsprachigen Chansons für jedermann eine ebenso einfache wie wesentliche Botschaft bereit, die aber nur derjenige vernimmt, der zu lauschen versteht.